

V8

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: KV Münster (dort beschlossen am: 30.03.2026)

Titel: Stoppt Palantir in NRW!

Antragstext

1 **Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Nordrhein-Westfalen**
2 **beschließt:**

3
4 1. Die Grüne Jugend NRW fordert den sofortigen stopp der Nutzung von Palantir-
5 Software bei der Landespolizei. Verträge mit dem Unternehmen sollen entweder
6 gekündigt oder nicht
7 verlängert werden. Bei zukünftigen Ausschreibungen für den Verfassungsschutz
8 soll Palantir vornherein ausgeschlossen sein. Darüber hinaus soll der Einsatz
9 von Predictive Policing bei jeglicher KI-Nutzung ausgeschlossen werden.

10
11
12 2. Die Grüne Jugend NRW hinterfragt grundsätzlich die Nutzung von KI-gestützten
13 Datenanalysen durch Polizei und Geheimdienste. Wir erkennen an, dass der Einsatz
14 in einigen Bereichen sinnvoll sein kann, insbesondere bei der Aufklärung von
15 Sexualstraftaten, der Bekämpfung von Deepfakes sowie im Kampf gegen
16 Rechtsextremismus.

17
18 Voraussetzung für den Einsatz ist jedoch, dass die verwendeten Systeme auf
19 qualitativ hochwertigen, diskriminierungsfreien und transparenten Datensätzen
20 basieren. KI darf nicht auf verzerrten oder rassistischen Daten trainiert sein
21 und muss rechtsstaatlichen sowie datenschutzrechtlichen Standards entsprechen.
22 Eine Weitergabe der durch KI verarbeiteten oder gewonnenen Daten an Dritte ist
23 auszuschließen.

24
25 Die KI sollte lokal gehostet werden und nicht auf externen Servern laufen.

Begründung

In Nordrhein-Westfalen wird zum jetzigen Zeitpunkt bereits Software von Palantir durch die Polizei eingesetzt. Mit der Novellierung des Landesverfassungsschutzgesetzes Ende des vergangenen Jahres wurden zudem die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass künftig auch der Verfassungsschutz auf Palantir-Software zurückgreifen kann. Damit droht eine weitere Ausweitung staatlicher Überwachungs- und Analyseinstrumente, deren Vereinbarkeit mit Grund- und Freiheitsrechten hoch umstritten ist.

Dabei ist nicht allein Palantir-Software das Problem. Auch andere (europäische) Softwareanbieter, ermöglichen Polizeibehörden und Geheimdiensten weitläufige Profile über Personen mit geringen Arbeitsaufwand zu erstellen. Auch wenn die Begründung besserer Aufklärung von Kriminalität verständlich ist, steigt mit den erweiterten Befugnissen und Möglichkeiten von Sicherheitsbehörden auch die Missbrauchsgefahr. Seien es einzelne Beamte die Daten rechtswidrig erheben und weitergeben oder auch mögliche zukünftige autoritäre Regierungen die relativ einfach diese Art von Software zur Überwachung von der Bevölkerung nutzen könnte.

Palantir steht seit Jahren in der Kritik. In den USA verwenden verschiedene staatliche Einrichtungen seit längerem Palantir-Software. Darunter auch die US-Einwanderungsbehörde ICE, welche die Software nachweislich zur Repression, Überwachung und Verfolgung von Migrant*innen, Minderheiten und politischen Gegnern einsetzt. In der Vergangenheit sind auch Vorwürfe gegenüber Polizeibehörden bekannt geworden, die Palantir-Software für racial-profiling verwendet haben.

Besonders problematisch ist zudem die politische Einordnung des Unternehmens: Palantir-Mitgründer Peter Thiel unterstützt aktiv die Trump-Bewegung in den USA und hat sich in der Vergangenheit offen gegen demokratische Prinzipien positioniert. Ein Unternehmen, dessen führende Akteure autoritäre und demokratiefeindliche Positionen vertreten und von repressiven Überwachungspraktiken profitieren, darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt werden.

Der Einsatz von Palantir-Software bedeutet nicht nur eine massive Ausweitung staatlicher Datensammlung und -verknüpfung, sondern auch eine politische Abhängigkeit von einem privatwirtschaftlichen Akteur, dessen Geschäftsmodell auf Überwachung und Datenanalyse basiert. Stattdessen braucht es eine Sicherheitspolitik, die Grundrechte schützt, Transparenz gewährleistet und demokratische Kontrolle ernst nimmt